



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre

Siebert, Benno von

Berlin [u.a.], 1925

Achtzehntes Kapitel. Die Grundzüge der russischen Meerengenpolitik:
23.Oktober 1911 bis 10.Mai 1913

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73546](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73546)

Achtzehntes Kapitel. Die Grundzüge der russischen Meerengen-Politik¹⁾.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 10./23. Oktober 1911. —
Nr. 245.

Ihren persönlichen Brief erhalten. Da Cambon den Auftrag erhalten hat, Grey in der Meerengenfrage zu sondieren, und in der Presse Gerüchte über die Verhandlungen in Konstantinopel bekanntgeworden sind, habe ich es für nötig gefunden, von der mir gegebenen Ermächtigung Gebrauch zu machen. Ich habe Grey erklärt, die russische Regierung halte den Augenblick für gekommen, mit der Pforte engere und freundschaftlichere Beziehungen herzustellen, und insolgedessen habe unser Botschafter in ganz persönlicher Weise Said Pascha folgende Eröffnung gemacht: Rußland verpflichtet sich, bei den Balkanstaaten energische Schritte zu unternehmen, um sie zu veranlassen, dauerhafte friedliche Beziehungen mit der Pforte zu unterhalten. Rußland schließt die Möglichkeit einer russischen Garantie für die Stadt Konstantinopel und das umliegende Gebiet nicht aus. Seinerseits würde dann der Sultan aus eigenem Ermessen den russischen Kriegsschiffen freie Durchfahrt durch die Meerengen gewähren. Ich habe diese Bedingung mit den baldigen bedeutenden Veränderungen im Mittelmeere begründet und erklärt, daß die Form, in die wir diese Abmachung kleiden, es unserer Ansicht nach nicht nötig machen würde, zu einer sofortigen Revision der Verträge zu schreiten. Hierzu habe ich Erwägungen über die Vorteile hinzugefügt, die sich

¹⁾ Siehe auch Kapitel VII, XI, XII und XIV.

in einem solchen Falle für die Mächte der Entente ergeben würden. Ich habe erklärt, daß die Ungewißheit über den Ausgang der Ministerkrisis in Konstantinopel Eurer Excellenz veranlaßt hätte, einstweilen nicht weiterzugehen. Ich habe hinzugefügt, daß die russische Regierung im Interesse der Verwirklichung unseres Planes und aus Erwägungen der allgemeinen Politik hoffe, auf die Unterstützung Frankreichs und Englands in Konstantinopel rechnen zu können.

Ich habe Grey gebeten, meine Mitteilung als streng vertraulich zu betrachten, mit Ausnahme Frankreich gegenüber. Die Möglichkeit irgendwelcher Kompensationen für England habe ich nicht erwähnt. Grey hat mir geantwortet, daß er in der Meerengenfrage bereit sei, die in seinem Memorandum vom 18. Oktober 1908 erwähnte Lösung in Konstantinopel zu unterstützen. Was die neue von uns vorgeschlagene Form anbelangt, so hat er seine Antwort vorbehalten, da er sie vom Standpunkte der Verträge aus prüfen und die ganze Frage der Verträge selbst dem Kabinett unterbreiten müsse. Er sagte mir, er sehe ein, wie wichtig diese Angelegenheit sei, und er müsse sie daher reiflich prüfen. Ich habe nur über diese Frage gesprochen. Grey wird D'Veirne telegraphieren.

Brief des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 10./23. Oktober 1911.

Nach seiner Rückkehr aus Paris hat mir Cambon mit gewohnter Liebenswürdigkeit einen Bericht Bompards mitgeteilt, der Einzelheiten über den Beginn der Verhandlungen unseres Botschafters in Konstantinopel enthält. Er hat mir gleicherweise von einem Berichte des französischen Geschäftsträgers in Petersburg über eine Unterredung mit Eurer Excellenz Kenntnis gegeben.

Er schien fast ebenso genau wie ich über die Lage der Dinge unterrichtet zu sein. Auch sagte er mir, er sei von dem französischen Außenminister beauftragt worden, die Ansicht der englischen Regierung über diese Frage einzuholen.

Da Grey erst heute zurückgekehrt ist, hat sich Cambon an Nicolson gewandt. Der Unterstaatssekretär hat als seine persönliche Ansicht geäußert, daß der Standpunkt des englischen

Kabinetts sich seit 1908 nicht geändert habe. Er bezweifelt jedoch, daß der Augenblick günstig gewählt sei, namentlich in Anbetracht des Umstandes, daß die Türkei sich in einem Kriege befindet und das Schicksal des türkischen Ministeriums noch nicht entschieden ist.

Da die Zeitungen Telegramme über Verhandlungen zwischen Rußland und der Türkei veröffentlichen, habe ich geglaubt, von der in Ihrem Briefe enthaltenen Ermächtigung Gebrauch machen zu können, um so mehr, als mir Cambon auf Grund des Berichtes des französischen Geschäftsträgers erklärt hat, ich würde Instruktionen erhalten, der Londoner Regierung diesbezügliche Mitteilungen zukommen zu lassen.

Ein längerer Verzug hätte hier überrascht und wäre um so unangebrachter gewesen, als die englische Regierung mit dieser Frage befaßt worden war. Ich glaube jedoch nicht, daß Cambon den Bericht Bomparde Nicolson vorgelesen hat.

Sofort nach seiner Rückkehr hat Grey mich gebeten, ihn aufzusuchen. Er hat mit mir zuerst über persische Fragen gesprochen, und ich habe Ihnen über diesen Teil unserer Unterredung soeben telegraphisch berichtet.

Sodann entschloß ich mich, die Frage der Meerengen anzuschneiden, um so mehr, als ich mich im Laufe unserer Unterhaltung über Persien deutlich davon hatte überzeugen können, wie hoch Sir Edward die Entente einschätzt und wie fest entschlossen er ist, sie zu erhalten und alles zu vermeiden, was ihrem Bestehen hinderlich sein könnte.

Ich habe es für angezeigt gehalten, fürs erste nur die rein politischen Seiten dieser Frage zu berühren und die ökonomischen Fragen einstweilen beiseite zu lassen, da sie die Interessen Englands weniger direkt berühren.

Ich erklärte Sir Edward, ich wäre zu einer vertraulichen Mitteilung ermächtigt worden, ganz ebenso wie unser Botschafter in Paris der französischen Regierung gegenüber. Er werde wahrscheinlich nicht erstaunt sein zu hören, daß die russische Regierung den Augenblick für gekommen hält, zwischen Rußland und der Türkei bessere Beziehungen als bisher herzustellen, daß die allgemeine Lage dies nötig mache und daß übrigens, wenn eine solche Annäherung stattfände, die ersten Mächte,

die hieraus in Konstantinopel Nutzen ziehen würden, England und Frankreich seien. Die russische Regierung sei entschlossen, nur mit der größten Zurückhaltung vorzugehen; Cuere Excellenz sei nicht ganz überzeugt, daß der jetzige Augenblick hierfür geeignet sei, weshalb unser Botschafter einstweilen nur beauftragt worden wäre, Said Pascha in einer ganz persönlichen Weise mit unserem Vorschlage zu befragen.

Ich teilte Sir Edward mit, daß unser Botschafter diesen Auftrag ausgeführt habe, und daß die hauptsächlichsten Bestimmungen des Übereinkommens, bezüglich dessen Tcharnykoff die türkische Regierung sondiert hätte, folgende seien:

Energische Schritte Rußlands bei den Balkanstaaten, um auf der Grundlage des jetzigen status quo einen dauernden Friedenszustand zwischen diesen Staaten und der Türkei zu schaffen.

Rußland würde vielleicht so weit gehen, der Türkei die Stadt Konstantinopel und das umliegende Gebiet zu garantieren.

Dafür erwarte Rußland, daß der Sultan aus eigener Autorität ein für allemal die freie Durchfahrt der russischen Kriegsschiffe durch den Bosphorus gestattet, ohne daß letztere die Möglichkeit haben, sich im Bosphorus aufzuhalten. Ich erklärte Sir Edward, daß wir diese Form gewählt hätten, weil eine jede andere eine langwierige Revision der Traktate und die sich hieraus ergebenden Schwierigkeiten nach sich gezogen hätte. Auch fügte ich hinzu, daß wir auf die Zustimmung Englands und seiner Unterstützung in Konstantinopel rechnen zu können hofften; soviel ich wisse, habe die französische Regierung ein ähnliches Ansuchen günstig aufgenommen und uns der vollen Sympathie Frankreichs mit dem russischen Plane versichert.

Sir Edward hat mich mit sichtlichem Interesse angehört. Er erwiderte sofort, daß er bereit sei, das Projekt, so wie es in dem am 18. Oktober 1908 Iswolksky übergebenen Memorandum dargelegt ist, in Konstantinopel zu unterstützen. Dieses Projekt ist seinerzeit vom englischen Kabinett gebilligt worden und er habe infolgedessen die Möglichkeit, sofort zu handeln.

Ohne direkt die Form dieses Memorandums auszuschließen, bemerkte ich Sir Edward, daß das Projekt, von dem ich ihm jetzt spreche, ein anderes sei. Er antwortete, daß er bereit sei, im Sinne des Memorandums zu handeln, daß er mir aber keine

sofortige Antwort auf ein Projekt geben könne, welches vom Standpunkte der bestehenden Traktate aus geprüft und der Billigung des Kabinetts unterbreitet werden müsse.

Sir Edward fügte hinzu, daß die Absicht einer Annäherung an die Türkei an und für sich äußerst wichtig sei und vom Kabinett reiflich erwogen werden müsse. Ich habe ihm für seine Mitteilung gedankt und hinzugefügt, daß ich durchaus nicht die Absicht habe, auf einer schnellen Erledigung dieser Frage zu bestehen; ich sei vor allem beauftragt worden, in Erfahrung zu bringen, welches der heutige Standpunkt der englischen Regierung in der Meerengenfrage sei.

Die einzige persönliche Bemerkung Sir Edwards ging dahin, daß es der englischen Regierung nicht leicht sein werde, der Türkei einen Teil ihres Territoriums zu garantieren.

Ich glaube nicht, daß Sir Edward in irgendeiner Weise für diese Unterhaltung vorbereitet worden war. Er war so eben erst angekommen und hatte vor mir schon verschiedene andere Diplomaten empfangen. Aus seinen Worten kann man den Schluß ziehen, daß, wenn England im Jahre 1908 im Prinzip eine Modifikation der Lage der Meerengen, so wie sie sich aus den Traktaten ergibt, zuließ, aber den Augenblick für ungeeignet hielt, das Londoner Kabinett heute die Einwendungen nicht mehr erhebt, daß unser Vorhaben nicht zeitgemäß sei. Es erklärt sich bereit, im Sinne der damals festgelegten Formel zu handeln, wünscht aber, daß die neue, von der russischen Regierung vorgeschlagene Formel geprüft werde.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 11./24. Oktober 1911. — Nr. 655.

Vertraulich. Ich danke Ihnen für die Hinweise, die ich bei meinen weiteren Verhandlungen mit Said Pascha berücksichtigen werde, und werde Ihnen dann ein möglichst vollständiges Tatsachenmaterial mitteilen. Auch bin ich Ihnen sehr dankbar, daß Sie Grey von unsern Verhandlungen Kenntnis gegeben haben, wovon ich heute durch den englischen Botschafter unterrichtet worden bin. Dieser hat hinzugefügt, daß Grey seine Erklärungen des Jahres 1908 bestätigt hat. Infolgedessen habe ich Lowther in demselben Maße wie Bompard informiert, wo-

bei ich den vertraulichen und privaten Charakter meiner Gespräche mit dem Großwesir betont habe, wodurch der russischen Regierung die volle Freiheit gewährleistet wird, das Programm und den Inhalt eventueller offizieller Verhandlungen später zu bestimmen, ebenso wie den Wortlaut der Vereinbarungen, über die dann beraten werden wird. Augenblicklich ist zwischen den hiesigen Vertretern der drei Ententemächte ein völliges freundschaftliches Einvernehmen hergestellt worden. Lowther hat mir anvertraut, daß bis jetzt von seiten der türkischen Regierung keine Schritte im Sinne einer Annäherung an England unternommen worden sind. Es stellt sich jedoch heraus, daß zum Ausgangspunkte eines derartigen Einvernehmens ein Abkommen zwischen England und der Türkei unter Beitritt Frankreichs und Rußlands dienen könnte, welches für den östlichen Teil des Mittelmeeres eine ähnliche Lage schaffen würde, wie das Abkommen zwischen England, Frankreich und Spanien hinsichtlich des westlichen Teiles. Die lokale Presse bespricht die Möglichkeit einer Annäherung an England und durch letzteres an Rußland. Wir sind nach wie vor der Ansicht, daß Said Pascha jetzt mit Deutschland unterhandelt.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 12./25. Oktober 1911. — Nr. 1589.

Ihr Telegramm 245 erhalten. Persönlich. Von der ersten Erklärung Greys sind wir im allgemeinen angenehm berührt, doch bitte ich Sie, mir über die Tragweite der von ihm gemachten Einschränkungen Mitteilung zu machen. Was versteht er unter der von uns vorgeschlagenen „neuen“ Formel und um welche „Traktate“ im besonderen handelt es sich?

Auszug aus einem sehr vertraulichen Brief des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 12./25. Oktober 1911.

.....
 Ich fragte Nicolson, was er über meine Unterredung mit Grey hinsichtlich des Bosphorus und der Türkei denke. Er antwortete, es sei sehr interessant, wichtig und an und für sich sehr

gut. Er sagte mir, Grey habe an Lomther telegraphiert, sich mit Tcharykoff zu verständigen, damit die drei Botschafter sich ins Einvernehmen setzen. Nicolson fragte mich, ob in dem von Tcharykoff an Said Pascha gerichteten persönlichen Briefe ein vollständiges Projekt enthalten wäre. Ich sagte, ich wüßte dies nicht genau, und fügte hinzu, daß ich der Klarheit halber in meiner Unterredung mit Grey die weniger wichtigen ökonomischen Fragen nicht erwähnt hätte; ich hielt es jedoch für gut, ihn zu benachrichtigen, daß die 4prozentige Zollerhöhung, über die mit England und Frankreich ein Einvernehmen besteht, nicht den Gegenstand von Verhandlungen bilde. Nicolson war ebenso wie Cambon für diese Mitteilung sehr dankbar, denn der Brief Bompards enthält einen in dieser Hinsicht wenig klaren Satz. Sodann fragte mich Sir Arthur, wie ich mir eine derartige Verhandlung vorstelle, da es sich um eine territoriale Garantie handele, während die Türkei einen Krieg führt; wenn die Verhandlungen zu einem Resultate führen, wann würde das Abkommen in Kraft treten? Dies sei vom italienischen Standpunkte aus wichtig und könne zwischen uns und Italien Schwierigkeiten schaffen. Ich antwortete, ihm keinen genauen Bescheid geben zu können, doch sei ich überzeugt, daß unsere augenblicklichen Beziehungen zu Italien jede Möglichkeit irgendwelcher Feindseligkeiten gegen dieses Land ausschließen.

Nicolson ist nicht überzeugt, daß der jetzige Augenblick gut gewählt sei, und er fürchtet, daß die Türkei unsere Verhandlungen gegen Italien auspielen wird. Abri gens bestand er nicht auf dieser Ansicht, und ich erwähne sie nur, weil diese Erwägung Berücksichtigung verdient. Dies gilt auch von einer anderen Frage, die nicht Nicolson, aber Cambon erwähnte — die Kapitulationen. Er glaubt nicht, daß Frankreich und England heute ihre Zustimmung zur Abschaffung der Kapitulationen geben könnten.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 13./26. Oktober 1911. —

Nr. 250.

Ihr Telegramm Nr. 1589 erhalten. Ich habe den Ausdruck „neue Formel“ gebraucht, um die freie Durchfahrt unserer

Schiffe durch die Meerengen zu bezeichnen, so wie sie jetzt von Ihnen beschrieben wird. Grey hat sich bereit erklärt, wenn wir es wünschen sollten, die Durchfahrt, so wie sie in seinem Memorandum beschrieben wird, zu unterstützen. Da unser jetziger Vorschlag von seinem Memorandum abweicht, so bittet er um Zeit, diese Frage vom Standpunkte der Traktate, durch welche die jetzige Lage der Meerengen bestimmt wird, zu prüfen. In diesem Sinne habe ich von „Traktaten“ gesprochen.

Privatbrief des stellvertretenden russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 20. Oktober/2. November 1911. — Nr. 692.

Sowohl aus Ihren als auch aus Iswolskys Berichten ersehen wir mit Befriedigung, daß unsere Absichten in der Meerengenfrage in London und Paris eine günstige Aufnahme gefunden haben; der englische Botschafter in Konstantinopel hat sogar schon die Instruktion erhalten, die Schritte Tcharnykoffs zu unterstützen.

Es ist jedoch möglich, daß sich diese Verhandlungen aus örtlichen Gründen hinziehen oder hinausgeschoben werden müssen. Es erscheint uns nun wünschenswert, die jetzige politische Lage zu benutzen, um die französische und englische Regierung zu veranlassen, uns in ganz konkreter und zwar schriftlicher Form ihren Standpunkt in der Meerengenfrage darzulegen und dies ausschließlich uns gegenüber, unabhängig von den Vereinbarungen, die wir eventuell mit der Türkei treffen werden.

Bezüglich Englands wäre noch speziell zu bemerken: Aus Ihren Berichten glauben wir schließen zu dürfen, daß Grey seine Einwilligung von einer „vorhergehenden“ Einigung mit der Türkei abhängig machen will. Uns erscheint eine derartige Bedingung nicht recht verständlich, denn ohne daß sie England eine „neue“ Garantie bei einem für England vielleicht unbedingten Abkommen bietet, bedeutet sie für die Türkei einen Stützpunkt für etwaige Einwendungen. Wir wollen ja die Meerengenfrage nicht unbedingt „augenblicklich“ lösen, sondern die „Bedingungen“ feststellen, unter denen diese Frage gelöst werden kann.

Wir hoffen also, daß England im Rahmen dieser Ein-

Schränkungen uns seinen Standpunkt in ganz bestimmter schriftlicher Form wird darlegen können; und wenn Sie glauben, daß dies ein Fortschritt gegenüber dem Memorandum des Jahres 1908 sein würde, so bitten wir Sie, mit den englischen Ministern Rücksprache zu nehmen.

Auszug aus einem Brief des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 26. Oktober/8. November 1911.

Ich habe Ihnen telegraphisch über die Eröffnungen Lewfit Paschas berichtet, die er in diesen Tagen im Auftrage seiner Regierung Grey gemacht hat. Sie stellen einen Vorschlag einer Annäherung zwischen der Türkei, England, Rußland und Frankreich dar, unter der Bedingung jedoch, daß diese drei Mächte die Türkei bei den Friedensverhandlungen mit Italien unterstützen. Die Antwort Greys ist dem Gedanken einer Annäherung an und für sich günstig (Grey sagt mir, er habe diesen Gedanken in Anbetracht der von uns in Konstantinopel geführten Verhandlungen ausgedrückt), schließt jedoch das Versprechen einer direkten Unterstützung des türkischen Standpunktes dem römischen Kabinett gegenüber aus.

Ich sehe keinen Grund, daran zu zweifeln, daß die Türkei, vielleicht in ihren Hoffnungen auf Deutschland und Österreich enttäuscht, ernstlich an eine Annäherung an die Ententemächte denkt. Sie nennt aber gleich ihren Preis. In dieser Hinsicht muß man annehmen, daß der Schritt der Pforte in London durch die Eröffnungen Tcharytoffs in Konstantinopel hervorgerufen worden ist.

Seitdem hat der italienische Botschafter Grey das italienische Annexionsdekret mitgeteilt.

.....

Die von der Türkei gestellte Bedingung, die bereits vor dem italienischen Dekret unannehmbar war, ist es jetzt in noch größerem Maße geworden. Die Bedingung wird allerdings England gestellt, richtet sich aber wahrscheinlich hauptsächlich an Rußland, und durch diesen Umstand scheinen unsere Verhandlungen in Konstantinopel einstweilen vertagt werden zu sollen.

Die Instruktionen, die Sie mir in Ihrem Briefe Nr. 692 haben zukommen lassen, sind daher um so zeitgemäßer.

Die Unterbrechung unserer Verhandlungen in Konstantinopel gibt mir Gelegenheit, die Meerengenfrage Ihren Instruktionen gemäß in einer andern Form wieder aufzuwerfen, d. h. unabhängig von unseren Verhandlungen in Konstantinopel.

Ich werde mich bemühen, ein Resultat zu erreichen, welches dem Memorandum des Jahres 1908 gegenüber einen Fortschritt bedeutet — obwohl es immer schwierig ist, die englische Regierung zu prinzipiellen Verpflichtungen zu bewegen, die sich auf zukünftige Eventualitäten beziehen.

Ich will aus diesem Anlasse auf einen Gedanken Ihres Briefes 692 zurückkommen. Es ist mir nicht erinnerlich, daß Grey die Bedingung einer vorhergehenden Einwilligung der Pforte gestellt hat. Wie Sie ganz richtig bemerken, wird eine derartige Einwilligung natürlich notwendig werden. Aber soviel ich weiß, ist zwischen Grey und mir hiervon nicht die Rede gewesen. Dies Mißverständnis hat vielleicht dadurch entstehen können, daß ich bis jetzt mit Grey über die abstrakte Frage der Meerengen nicht gesprochen habe. Ich habe dem Minister die Verhandlungen zwischen Tcharhloff und Said Pascha in allgemeinen Umrissen geschildert und hierbei die Frage der freien Durchfahrt unserer Schiffe durch die Meerengen als eine der Bedingungen erwähnt, von denen wir ein Übereinkommen mit der Pforte abhängig machen — eine Bedingung, die ich ganz besonders betont habe und die zu der Frage meinerseits geführt hat, ob die englische Regierung bereit sei, diese Bedingung in Konstantinopel zu unterstützen.

So wie ich die Frage gestellt hatte, handelte es sich um eine Aktion in Konstantinopel, natürlich nachdem England uns das Prinzip zugestanden hatte, aber nicht um eine neue prinzipielle Verpflichtung Englands uns gegenüber.

In diesem neuen Sinne werde ich die Unterredung mit Grey wieder aufnehmen.

Privatbrief des russischen Botschafters in London Bendendorff an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 26. Oktober/8. November 1911.

Seitdem Ihr Brief 692 geschrieben worden ist, haben die Ereignisse Ihre Voraussage über die Verhandlungen in Konstantinopel bestätigt. Ich will Ihnen nicht verheimlichen, daß dies eine Schwierigkeit für eine schnelle Lösung der Meerengenfrage bedeutet. Ich will einen Versuch machen, bin aber nicht sicher, daß ich Erfolg haben werde. Aber selbst dann bedeutet dies keineswegs, daß die Stimmung in England erkaltet. Seit zwei Jahren ist hier ein Fortschritt zu verzeichnen. Solange unsere Beziehungen bleiben, wie sie jetzt sind, wird sich die öffentliche Meinung nicht über etwas aufregen, was eigentlich schon der historischen Vergangenheit angehört. Den Beweis finden Sie in der Antwort Grey's. Im Jahre 1908 sagte Grey: „Dies muß und wird eines Tages geschehen, heute ist es zu früh.“ Er sagt heute nicht mehr, es sei zu früh. Er sagt: Ich bin bereit, zu handeln. Man kann aber nur handeln, wenn die Umstände günstig sind. Er hofft, dies würde der Fall sein. Jetzt ist diese Frage aber aufgeschoben. Es wird schwer sein, ihn von diesem Standpunkte abzubringen — er wird weder die Nützlichkeit noch die praktische Notwendigkeit einsehen. Es ist dies eine Frage einer gewissen traditionellen Methode, die in allem zum Ausdruck kommt.

Es gibt immerhin ein Mittel, um die Frage aufzuwerfen, und ich will es versuchen; man muß aber Einwendungen gegen unsere jetzige Formel voraussehen. Ich glaube, die Einwendungen werden sich in folgender Weise äußern, und zwar weniger von Seiten Englands, als von Seiten Europas überhaupt. Unser Ziel ist die freie Durchfahrt in beiden Richtungen. In dieser Beziehung erblicke ich kein ernstliches Hindernis. Aber das Schwarze Meer im Kriegsfall in einen großen Zufluchtsort für die russische Flotte verwandeln, ist eine andere Frage; in dieser Beziehung würden Schwierigkeiten entstehen.

Wie Sie, so erblicke auch ich häufig Anzeichen, daß die englische Regierung unsere Entente befestigen, ja sie sogar ausdehnen will. Man fühlt, daß in allen europäischen Tagesfragen, besonders im nahen Osten, unsere Ansichten vollkommen über-

einstimmen. Aber wie soll man diese Gemeinsamkeit unserer Aktion noch weiter ausdehnen? Vielmehr, in welche Form soll man sie kleiden? Ich gebe mir hierüber noch nicht ganz Rechenschaft.

Ich höre, daß in meiner Umgebung manchmal von dem Gedanken eines defensiven Bündnisses gesprochen wird. Dies ist eine zu schwerwiegende Frage, als daß ich mich an sie heranwage. Für den Augenblick schließe ich sie aus. Ich glaube, daß Buchanan hieran denkt. Bleibt also ein mehr allgemeines Übereinkommen, welches Konstantinopel, den Balkan, vielleicht Kleinasien betreffen könnte. Es würde sich darum handeln, England zur Annahme unseres Standpunktes zu bewegen, was ich für möglich halte; wir unsererseits würden ihm Ägypten usw. zugestehen.

Aber ein neues Abkommen dieser Art müßte notwendigerweise auch den fernen Osten einbeziehen. Diese Schwierigkeit ist meiner Ansicht nach, wenn nicht unüberwindlich, so doch viel größer. England ist mit Kolonien gesättigt, es will keine Neuerwerbungen; folglich will es keine Teilung und folglich hat es sich das Prinzip der territorialen Integrität zu eigen gemacht. Dies bezieht sich auf China, auf Persien, auf alle Punkte, wo wir uns in Berührung befinden; außerdem liegt England daran, nicht gegen Amerika vorzugehen. Ich will nicht mehr in einem in letzter Stunde improvisierten Briefe sagen.

In Wirklichkeit hat die englisch-russische Konvention unerwartete Resultate gezeitigt. Da unser Übereinkommen Persien zur Grundlage hatte, hat man lange geglaubt, daß, wenn in Persien nicht alles klappt, die Entente verschwinden würde. In Wirklichkeit stellt sich heraus, daß unser Einvernehmen sich immer mehr befestigt — trotz der Schwierigkeiten, die in Persien entstehen. Ich glaube aber, daß man die Folgerungen aus dieser Beobachtung, die ich an und für sich für richtig halte, nicht zu weit treiben darf. Ein ernstes Zerwürfnis in Persien müßte für die Entente verhängnisvoll werden. Die einzige Gefahr jedoch, die ein solches Zerwürfnis herbeiführen könnte, ist diejenige, welche keine andere Lösung als eine Aufteilung Persiens zuläßt. Dies müssen wir im Auge behalten, jedesmal wenn es sich um Befestigung persischen Territoriums handelt. Der-

artige militärische Besetzungen führen direkt zu diesem Ziel; alles andere hat nur nebensächliche Bedeutung. Der Zwischenfall Stokes ist eine Lehre gewesen.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 11./24. November 1911. — Nr. 1862.

Zu Ihrer persönlichen Information. Unser Botschafter in Berlin telegraphiert am 10./23. November: Das Berliner Kabinett widerlegt sich in keiner Weise unserm Übereinkommen mit der Türkei hinsichtlich der Öffnung der Meerengen. Was die Initiative Niderlens anbelangt, unsern Standpunkt in Wien zu vertreten, so hat der Staatssekretär den Eindruck gewonnen, daß man in Wien Einzelheiten über unser in Aussicht genommenes Abkommen mit der Türkei kennen möchte. Man scheint in Wien sogar anzunehmen, daß das Übereinkommen bereits mit der Pforte unterzeichnet worden ist, was ich in Abrede gestellt habe.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris Iswol'sky an den russischen Außenminister Sazonow vom 13./26. November 1912. — Nr. 394.

Poincaré hat mir ein sehr unklares Telegramm des französischen Botschafters in Petersburg über die Dardanellenfrage vorgelesen. Georges Louis berichtet, Sie hätten in letzter Zeit Ihren Standpunkt verändert und seien jetzt mit dem ursprünglichen Prinzip „der Neutralisierung der Meerengen“ nicht mehr einverstanden. Ich sagte Poincaré, daß, soviel mir bekannt, von „einer Neutralisierung der Meerengen“ nie die Rede gewesen sei und daß die von uns im Jahre 1908 vorgeschlagene Lösung einen ganz andern Charakter hatte. Poincaré erklärte mir, daß, wenn wir beabsichtigen diese Frage aufzuwerfen, Frankreich uns hierbei natürlich aufs energischste unterstützen wird, doch muß es uns bitten, ihm unsere Pläne und Absichten rechtzeitig mitzuteilen.

Telegramm des russischen Außenministers Sazonow an den russischen Botschafter in Paris Iswolsky vom 17./30. November 1912. — Nr. 2764.

Der französische Botschafter hat mich, augenscheinlich im Auftrage Poincarés, gefragt, ob wir nicht beabsichtigen, auch die Meerengenfrage den in Aussicht genommenen Pariser Vorbereitungen¹⁾ zu unterbreiten. Ich habe geantwortet, daß wir dieser Frage nicht vorgreifen wollen, und uns vorbehalten, diesen Gegenstand wenn nötig zur Erörterung zu bringen, um so mehr, als wir die Möglichkeit haben, von einer genauen Aufzählung aller Fragen, mit denen sich die Vorbereitungen befassen werden, abzusehen. Unsere Erwägungen betreffend die Meerengen sind in einem an Sie adressierten Briefe enthalten, den Sie mit dem nächsten Kurier erhalten werden.

Sehr geheimer Brief des russischen Außenministers Sazonow an den russischen Botschafter in Paris vom 15./28. November 1912. — Nr. 787.

In Ihrem Briefe vom 7./20. November haben Sie die Frage berührt, ob es nicht zeitgemäß wäre, uns mit Frankreich über diejenigen Veränderungen auseinanderzusetzen, welche wir in das rechtliche und tatsächliche Regime der Meerengen im Zusammenhang mit der jetzigen Krise auf dem Balkan eingeführt zu sehen wünschen. Gleichzeitig hat der französische Botschafter bei uns angefragt, wie wir uns zu irgendwelchen Forderungen von Seiten Bulgariens in dieser Frage stellen würden. Infolgedessen halte ich es für meine Pflicht, Sie vor allen Dingen mit jenen Erwägungen bekannt zu machen, von denen unser Ministerium in der letzten Zeit in dieser wichtigen Frage geleitet worden ist.

Vom ersten Anfange der Krise an haben wir nicht aus den Augen gelassen, daß der Krieg eine Veränderung des Regimes der Meerengen nach sich ziehen kann. Gleichzeitig fürchteten wir jedoch diese Frage anzuregen, ehe der Umfang der Erfolge der Balkanstaaten, die Wahrscheinlichkeit der Einnahme von

¹⁾ Gemeint ist die Londoner Botschafter-Konferenz.

Konstantinopel durch ihre Truppen und der Standpunkt der andern Großmächte bezüglich der Ereignisse auf dem Balkan klar in die Erscheinung getreten wären. Diese Erwägung hat uns eine gewisse Zurückhaltung gegenüber dem englischen Vorschlage auferlegt, die Frage einer eventuellen Internationalisierung Konstantinopels und neuer Garantien für das Regime der Meerengen zu beraten. Unserer Ansicht nach können die Grundinteressen Rußlands in den Meerengen nicht durch irgendwelche vertragliche Garantien und Klauseln geschützt werden, da diese immer umgangen werden könnten, sondern wir müssen stets bedenken, welche tatsächliche Gewalt wirklich imstande ist, ein gegebenes Regime der Meerengen vor irgendwelchen Verletzungen zu bewahren.

Selbstverständlich haben wir uns noch ablehnender gegenüber aus Wien ausgehenden Bestrebungen verhalten, einen gewissen Parallelismus unserer Interessen mit denen der Donaumonarchie herzustellen: Rußland sollte sich hinsichtlich des westlichen Teiles der Balkanhalbinsel uninteressiert erklären, während Österreich uns volle Handlungsfreiheit in Konstantinopel gewähren würde. Von der Annahme ausgehend, daß etwaige Veränderungen im Regime der Meerengen nur nach Beendigung des Krieges zutage treten können und daß andererseits wir uns auf Kompensationen nicht einlassen können, da dies den Interessen der Balkanstaaten schaden würde, haben wir bis jetzt eine abwartende Haltung beobachtet, ohne jedoch den günstigen Zeitpunkt versäumen zu wollen, um unsere Wünsche genau zum Ausdruck zu bringen.

Obwohl die weitere Entwicklung des Krieges noch nicht vorausgesehen werden kann, so läßt sich doch annehmen, daß das Vordringen der Alliierten augenblicklich bereits seinen Höhepunkt erreicht hat und die Wahrscheinlichkeit der Einnahme Konstantinopels nur noch sehr gering ist. Infolgedessen bleibt unsere ursprüngliche Annahme bestehen, daß Konstantinopel und ein genügend großes Gebiet auf dem europäischen Festlande zum Besitze der Türkei gehören werden. Man kann annehmen, daß, selbst nach einem siegreichen Kriege, Bulgarien ziemlich lange Zeit brauchen wird, um sich von seinen Verlusten zu erholen und sich in den eroberten Gebieten endgültig festzu-

setzen. Nicht weniger schwierige Aufgaben erwarten die geschwächte und besiegte Türkei.

Rußland, welches sich am Kriege nicht beteiligt hat, besitzt nun die Möglichkeit, einerseits seinen Einfluß unter den Balkanstaaten, zu denen wenn möglich auch Rumänien gerechnet werden muß, zu erweitern, und andererseits seine Stellung in der Türkei zu befestigen, welche mehr denn je auf gute Beziehungen zu Rußland bedacht sein muß.

Alles dies veranlaßt uns, augenblicklich mit ganz besonderer Vorsicht an diejenigen Vorschläge heranzutreten, welche uns von andern Staaten in der Meerengenfrage gemacht werden könnten. Wir müssen uns davor hüten, der Errichtung irgendwelcher einengender Garantien zuzustimmen, welche in Zukunft ein Hindernis bilden könnten, die Frage der Meerengen endgültig unsern Interessen gemäß zu lösen. Andererseits können wir den günstigen Augenblick nicht vorübergehen lassen, ohne einige weniger radikale, aber immerhin bedeutsame Modifikationen durchzuführen. Am praktischsten scheint es uns, die Meerengenfrage wie im Jahre 1908 zu behandeln, d. h. die Uferstaaten des Schwarzen Meeres in Friedenszeiten unter gewissen Bedingungen, welche die Sicherheit Konstantinopels garantieren, zu ermächtigen, ihre Kriegsschiffe ein- und auslaufen zu lassen.

Natürlich kann augenblicklich nicht die Rede davon sein, zwischen Rußland und der Türkei ein einseitiges Übereinkommen in dieser Frage zu treffen; ein derartiges Übereinkommen würde unsern Beziehungen zu den Balkanstaaten zuwiderlaufen. Es wäre wohl auch kaum notwendig, denn statt freundschaftlicher Versicherungen, welche seinerzeit wegen des Selbstbewußtseins der Türken erfolglos geblieben sind, haben wir jetzt viel wirksamere Mittel in unserer Hand, um auf die Türkei einzuwirken, namentlich augenblicklich, da ein Teil der türkischen Truppen von unserer Grenze nach dem Kriegsschauplatz übergeführt worden ist. Die größte Bedeutung müssen wir natürlich der Haltung der Großmächte beilegen, und wir können nur feststellen, daß in den letzten Jahren der Boden für eine uns günstige Lösung gut vorbereitet worden ist. Wie Ihnen bekannt, können unsere Wünsche für keine einzige europäische Regierung un-

erwartet sein, und eine jede von ihnen hat seinerzeit ihre bedingte Zustimmung ausgedrückt. Wir haben durchaus nicht den Wunsch, uns Österreich gegenüber auf den Standpunkt eines Abkommens oder einer Kompensation zu stellen; wir haben aber von jeher nicht geleugnet, daß man die österreichischen Interessen ökonomischen und politischen Charakters auf dem Balkan in Berechnung ziehen muß. Wir haben insolgedessen dem Prinzip eines autonomen albanischen Uferstaates zugestimmt. In der Frage des Zuganges Serbiens zur Adria haben wir ebenfalls dem Belgrader Kabinett geraten, den Interessen seines Nachbarstaates Rechnung zu tragen. Wir halten uns deshalb für berechtigt, zu erwarten, daß das Wiener Kabinett sich zu unseren Interessen in der Meerengenfrage ähnlich stellen wird. Auf alle Fälle glauben wir, daß der Widerstand der österreichischen Diplomatie in dieser Frage wohl kaum ein ernstliches Hindernis zur Erfüllung unserer mehr als mäßigen Wünsche sein könnte.

Dies sind die allgemeinen Erwägungen, von denen wir uns in der Meerengenfrage leiten lassen. Indem ich sie Ihnen für den Fall einer Aussprache mit Poincaré mitteile, halte ich es für nötig, hinzuzufügen, daß wir es nicht für richtig halten, augenblicklich mit irgendwelchen unabhängigen Vorschlägen hervortreten, da, wie oben ausgeführt, der Kompensationsweg nicht in unserem Interesse liegt. Sollten sich jedoch die Verhältnisse ändern und diese Frage von selbst auf die Tagesordnung gestellt werden, so wäre es uns interessant, den Standpunkt der französischen Regierung kennenzulernen, damit wir Zeitpunkt und Mittel zur Erreichung unseres Ziels genau bestimmen können.

Brief des russischen Botschafters in London Bendendorff an den russischen Außenminister vom 20. November/2. Dezember 1912.

Ich habe mit dem größten Interesse von Ihrem Briefe an unseren Botschafter in Paris vom 15./28. November Nr. 787 Kenntnis genommen. Da dieses wichtige Schriftstück die Meerengenfrage erschöpfend behandelt, glaube ich keine weiteren Bemerkungen hinzufügen zu müssen. Eure Excellenz kennt den jetzigen Standpunkt des Londoner Kabinetts. Ohne daß

ich diese Frage angeregt habe, hat Grey sich mit vollkommener Offenheit ausgesprochen. Unter Bezugnahme auf die Verhandlungen des Jahres 1908 hat er mir gesagt, daß das Londoner Kabinett unserer Absicht, das Regime der Meerengen zu verändern, zwar zugestimmt, aber die Einschränkung gemacht hatte, daß er den Boden nicht für genügend vorbereitet und die Umstände nicht für günstig halte. Er hat hinzugefügt, daß sich die Umstände heute verändert hätten. Ebenso hat er angedeutet, daß diese Frage eine von denen sei, die Rußland anlässlich der Beendigung der Balkankrise zur Diskussion vorschlagen könnte. In beiden Fällen dachte Grey an unseren Plan, so wie er damals von Ihnen ausgearbeitet worden war. Sie werden sich erinnern, daß dieser Plan in dem Memorandum enthalten ist, das uns Grey zu jener Zeit übergeben hatte. Diese Verhandlungen setzten damals übrigens ein vorheriges Einvernehmen mit der Türkei voraus. Ich glaube nicht, daß sich diese Voraussetzung verändert hat. In der Tat, wenn das türkische Reich aus der jetzigen Krise so geschwächt hervorgehen wird, wie sich heute voraussehen läßt, so ist damit doch noch nicht gesagt, daß es in den Augen Englands alle Bedeutung verloren hat.

Von der Berührung mit seinen christlichen Untertanen befreit — der beständigen Ursache aller Unruhen, Schwierigkeiten und Gefahren —, ist die Türkei jetzt ein ausschließlich mohammedanisches und asiatisches Reich geworden und stellt eine für England äußerst wichtige Macht dar.

Wie dem auch sei, wenn die Meerengenfrage, der natürlichen Entwicklung der Ereignisse folgend, auf die Tagesordnung gestellt wird, so können wir auf die Unterstützung Englands zählen. Wir sind hierzu sogar von Seiten Englands ermutigt worden, denn, wie gesagt, ich habe diese Frage weder mit Grey noch mit Nicolson aus eigenem Antriebe besprochen. Aber natürlich urteilt der englische Minister von seinem und nicht von unserem Standpunkte.

Was letzteren anbelangt, so teile ich ganz Ihre Ansicht, die in Ihrem Briefe an Iswolsky zum Ausdruck gekommen ist. Es ist natürlich unmöglich vorauszusehen, wie die Balkankrisen enden wird, aber ich bin immerhin schon heute überzeugt, daß in einem Augenblicke, wo alle Mächte an der Erhaltung des all-

gemeinen Gleichgewichtes arbeiten und, abgesehen von Osterreich, keine andere Macht irgendwelche spezielle Fragen aufzuwerfen gedenkt, wir nicht auf der Lösung einer direkten russischen Frage bestehen können; wir würden eines großen Teiles unseres moralischen Einflusses verlustig gehen und wir würden vor allem der Kompensationstheorie die Tür öffnen, die für uns und für alle Balkanstaaten am gefährlichsten werden kann.

Sehr vertraulicher Brief des russischen Außenministers Sazonow an den russischen Botschafter in London vom 18. April/1. Mai 1913. — Nr. 381.

In Verbindung mit dem bevorstehenden Beginn der Arbeiten der Pariser Finanzkommission halte ich es für nötig, Ihnen einige Erwägungen mitzuteilen, die sich auf bestimmte Fragen unserer Politik beziehen.

.....

Soweit wir uns ein Bild von dem Standpunkte der englischen Regierung machen können, welche übrigens unlängst geäußert hat, daß bei Erörterung der Beziehungen der Großmächte zur Türkei Rußland sich als erste zu äußern hat, — vertritt Grey die Ansicht, daß man in Zukunft die türkischen Finanzen einer europäischen Kontrolle unterwerfen muß. Diese würde sich nicht bloß auf die Regelung der Einnahmen, sondern auch auf die Zweckmäßigkeit der Ausgaben erstrecken, wobei man eine Einschränkung der türkischen Rüstungen erzielen und den sich etwa ergebenden Überschuß zur Verbesserung der türkischen Administration verwenden könnte.

Dies Programm hat viel Verlockendes, umgeht aber die Beantwortung einer Frage: Wenn die türkischen Rüstungen eingeschränkt werden, welches ist die Garantie, daß Konstantinopel und die Meerengen wirksam geschützt werden können? Da die Landgrenze zwischen der Türkei und Bulgarien eine sehr lange sein wird, muß nicht die Türkei die größten Anstrengungen machen, um die Hauptstadt verteidigen zu können?

Wenn wir eine derartige Frage stellen, so wird dies wohl diejenigen in Erstaunen versetzen, welche Rußland im Verdacht von Eroberungsplänen haben. Wir wollen natürlich der Zukunft nicht vorgreifen, können aber nicht umhin zu bemerken,

daß, wenn die Verteidigung Konstantinopels und der Meerengen im letzten Augenblick nicht genügend gesichert ist, diese Tatsache, weit entfernt, unseren Interessen zu dienen, nur eine gefährliche Versuchung für die Bulgaren bedeutet, da eine vorzeitige Aufrollung der Meerengenfrage uns in eine äußerst schwierige Lage bringen könnte. Wenn wir also einerseits keinen Grund haben, die Türkei daran zu hindern, die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, um einem Angriffe auf Konstantinopel und die Meerengen vorzubeugen, so brauchen wir andererseits kaum eine allzu große Erstarung der Türkei zu befürchten, da ihr ja soeben eine beispiellose Niederlage zugefügt worden ist. Und wenn die Meerengenfrage eine ganze Reihe anderer Probleme nach sich zieht, deren Lösung eine planmäßige Vorbereitung erfordert, so wäre es gefährlich und übereilt, jetzt schon, ehe dieses ganze Programm ausgeführt ist, von einer Verminderung der Verteidigungsmöglichkeiten der an und für sich schwachen Türkei zu sprechen.

Außerdem liegt in jenem Zusammenhange, den die englische Regierung zwischen der ökonomischen Gesundung der Türkei und der Einschränkung ihrer Rüstungen herstellen will, ein gewisser innerer Widerspruch: denn wenn das erste Ziel erreicht ist und die finanzielle Lage der Türkei sich bessern wird, könnte kein von außen ausgeübter Druck die Pforte mehr hindern, militärische Rüstungen vorzunehmen. Dies ist unser erster Einwand gegen die Errichtung einer europäischen Finanzkontrolle in der Türkei. Was die Frage der technischen Gestaltung dieser Kontrolle anbelangt, so haben wir gleichfalls eine ganze Reihe von Bedenken. Die Erfahrung hat bestätigt, daß ein finanzielles oder politisches Kondominium die Staatsgewalt nicht ersetzen kann. Man muß daher befürchten, daß die in Aussicht genommene internationale Kontrolle entweder ihren Zweck nicht erreichen oder zur Hegemonie irgendeiner Macht führen wird, wie z. B. Deutschlands. Die neue Behörde wird nicht nur ausschließlich finanzielle, sondern auch politische Funktionen besitzen und wird daher dieselben Eigentümlichkeiten bieten wie eine jede Konferenz der Vertreter der Großmächte. Wenn es in der Praxis oft sehr schwer fällt, alle Mächte auf eine gemeinsame Formel zu vereinigen, und dies nur dadurch erreicht wird, daß die For-

mel in möglichst unbestimmten Ausdrücken gehalten ist, so läßt sich dies um so mehr von der Tätigkeit des projektierten Kontrollorganes behaupten, wobei in dem letzteren die mannigfaltigsten und oft auch sich widersprechende Interessen der Mächte sich kreuzen müßten.

Andererseits haben wir unwillkürlich Bedenken, die Handlungsfreiheit Rußlands der Türkei gegenüber durch die Errichtung einer europäischen Kontrolle allzusehr einzuschränken. Die Ereignisse gestalten sich derart, daß wir, ohne irgendwelchen nicht zu verwirklichenden Utopien nachzujagen, dennoch damit rechnen dürfen, mit der Türkei bessere Beziehungen herstellen zu können, als sie bis jetzt bestanden haben. Die Türkei muß sich darüber Rechenschaft geben, daß Konstantinopel und die Meerengen in Zukunft ernstlich bedroht sind. Diese Gefahr wird in den Augen der Türken schwerer wiegen als ihr traditionelles Mißtrauen zu Rußland; das uns bis zu einem gewissen Grade gemeinsame Interesse, zu verhindern, daß die Meerengen unter die Herrschaft einer andern Macht kommen, wird uns der Türkei nähern. Hierbei wird es den Türken zum Bewußtsein kommen, daß das beste Mittel, sich gegen Bulgarien zu schützen, darin besteht, den Einfluß zu benutzen, über den Rußland in Sofia verfügt. Dies setzt durchaus nicht eine feindselige Haltung Rußlands Bulgarien gegenüber voraus. Letzteres weiß sehr gut, daß die Meerengen in die unbestreitbare Interessensphäre Rußlands gehören und daß in dieser Hinsicht kein Nachgeben und kein Zaudern unsererseits möglich ist.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 27. April/10. Mai 1913. — Nr. 341.

Obwohl ich persönlich überzeugt bin, daß die Türkei sich dem allgemeinen Verfall nähert, muß ich doch betonen, daß die türkischen Politiker die Lage des Reiches durchaus nicht für so hoffnungslos halten, als daß sie eine weitgehende internationale Vormundschaft zulassen würden. Außerdem können sie in dieser Hinsicht auf die Unterstützung einiger Großmächte rechnen. Die Ententemächte müssen dieses im Auge behalten, um nicht mit Vorschlägen hervorzutreten, über die keine Einigung erzielt werden kann. Wenn ich diese Frage vom Stand-

punkte unserer eigenen Interessen betrachte, so kann ich mich der Einsicht nicht verschließen, daß die Einführung eines internationalen Elementes in unsere bisherigen direkten Beziehungen zu der Türkei unser historisches Streben, uns der Meerengen zu bemächtigen, nur hindern und verzögern kann. Soweit die Türkei nicht ein großer Markt für den Absatz unseres Handels ist, sind wir an ihrer Wiedergeburt durchaus nicht interessiert. Das Vorteilhafteste wäre für uns, wenn in der Türkei zeitweilig genügend Ordnung wiederhergestellt würde, um die persönliche und materielle Sicherheit der Einwohner ohne Unterschied der Konfession und der Nationalität zu ermöglichen. Dies würde uns erlauben, die Liquidation der Türkei bis zum Augenblicke hinauszuschieben, in dem unsere Teilnahme die größten Vorteile versprechen würde. Wie Sie in Ihrem Briefe 381 bemerken, können wir damit rechnen, bessere Beziehungen als bisher zur Türkei herzustellen. Um aber den Widerstand der Türken gegen uns zu schwächen, müssen wir uns bemühen, aus unseren Beziehungen zur Türkei Organisationen auszuscheiden, welche es unseren Rivalen ermöglichen würden, darauf hinzuweisen, daß wir den eigenen Interessen der Türkei mit Vorbedacht entgegenarbeiten, wie dies z. B. anlässlich der türkischen Zollerhöhung geschieht.